

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Andreas Otto (GRÜNE)**

vom 14. November 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. November 2024)

zum Thema:

**Einbeziehung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion in die
Gedenkveranstaltungen am 8. Mai 2025**

und **Antwort** vom 29. November 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Dezember 2024)

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
- Senatskanzlei -

Herrn Abgeordneten Andreas Otto (GRÜNE)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20 896
vom 14. November 2024

über Einbeziehung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion in die
Gedenkveranstaltungen am 8. Mai 2025

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Was plant der Senat zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 2025?

Zu 1.: Der Senat plant, den 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 7. Mai mit einer gemeinsamen Gedenkstunde von Senat und Abgeordnetenhaus zu begehen. Bereits am 2. Mai soll am historischen Ort der Kapitulation Berlins gedacht werden. Am 8. Mai – der im Jahr 2025 in Berlin ein gesetzlicher Feiertag ist - sind unter anderem Kranzniederlegungen geplant.

Zudem ist der Senat derzeit mit der Kulturprojekte Berlin GmbH in Abstimmung über ein kulturelles Begleitprogramm rund um den Jahrestag. Dieses soll die Aktivitäten und Angebote der mit der Thematik befassten Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Institutionen bündeln und sie für eine breite Öffentlichkeit, insbesondere junge Menschen, sichtbar machen.

2. Inwieweit bezieht der Senat Vertreter der Alliierten in seine Planungen ein?

Zu 2.: Die Alliierten haben in der Vergangenheit zum Teil eigene Gedenkformate an den Zweiten Weltkrieg entwickelt. Wenn der Senat dazu eingeladen wurde, hat er die Einladungen angenommen. An dieser Praxis soll auch anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus festgehalten werden. Einladungen der Russischen Föderation werden – sofern sie eingehen – nicht angenommen.

3. Welche Gespräche führt der Senat mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, ob sie zu den Veranstaltungen in Berlin einbezogen werden möchten?

Zu 3.: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat auch weitreichende Auswirkungen auf die Gedenkkultur zum 8. Mai in Berlin. Der Linie der Bundesregierung folgend, unterhält der Berliner Senat seit dem 24.02.2022 keine Kontakte mehr zu offiziellen Vertreterinnen und Vertretern der Russischen Föderation.

Während sich einige Nachfolgestaaten der Sowjetunion den Gedenkformaten der Botschaft der Russischen Föderation an den sowjetischen Ehrenmälern anschließen, verzichten andere auf Gedenkveranstaltungen oder bekennen sich solidarisch zur Ukraine.

Für den Berliner Senat ist die Unterstützung der Ukraine von zentraler Bedeutung. Wichtiger Baustein der ungebrochenen Berliner Solidarität ist der regelmäßige Austausch und die enge Abstimmung mit der ukrainischen Zivilgesellschaft und der Botschaft der Ukraine in Berlin. Infolge dieser vertrauensvollen Beziehungen konnten in den vergangenen Jahren gemeinsame Gedenkformate am 8. Mai umgesetzt werden.

4. Wie wird der Senat sicherstellen, dass die Nachfolgestaaten der Sowjetunion angemessen in die Gedenkveranstaltungen, insbesondere in Tiergarten, Treptow und Schönholz einbezogen werden?

Zu 4.: Dem Senat ist es wichtig, aller Opfer des Zweiten Weltkrieges zu gedenken. Dies hat er in der Vergangenheit in der Schönholzer Heide in Dankbarkeit für die Befreiung durch Soldaten der sowjetischen (Roten) Armee unabhängig von ihrer damaligen oder heutigen Nationalität und im Gedenken an alle Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten getan und plant dies auch wieder für den 8. Mai. Weitere Ausführungen s. Antwort zu Frage 3.

5. Welche Regelungen trifft der Senat, um in den Gedenkstätten darüber zu informieren, dass alle Völker der ehemaligen Sowjetunion an der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus unter größten Opfern teilgenommen haben?

Zu 5.: Alle durch das Land Berlin institutionell geförderten Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind der Wissenschaftlichkeit und den aktuellen Standards der historisch-politischen Bildung verpflichtet. Auf dieser Grundlage erarbeiten und vermitteln sie Inhalte eigenständig, unabhängig und ohne staatliche Einflussnahme.

6. In welcher Form beabsichtigt der Senat in den Gedenkstätten darüber zu informieren, dass die Symboliken und Texte an den Mahnmalen angesichts der historischen Entwicklung einem veränderten Kontext unterliegen?

Zu 6.: Die Sowjetischen Ehrenmale Schönholzer Heide, Tiergarten und Treptower Park sind auch heute über Berlin hinaus Mahnmale dafür, welche schrecklichen Folgen Krieg und Gewaltherrschaft haben. Sie sind Zeugnis der Befreiung von der NS-Diktatur und des Endes des Zweiten Weltkrieges. Zugleich sind es Friedhöfe und damit Orte, an denen der Opfer des Krieges gedacht wird. Die dort Bestatteten stammten aus allen Regionen der ehemaligen Sowjetunion.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zur dauerhaften Erhaltung dieser Ehrenmale, die unter Denkmalschutz stehen, verpflichtet.

Informationstafeln erläutern die Historie der drei Ehrenmale.

7. Welchen Gesprächsstand gibt es mit der Bundesregierung und mit dem Bundespräsidenten zu Veranstaltungen an dem Jubiläum?

Zu 7.: Der Senat steht mit der Bundesregierung und dem Bundespräsidialamt in Kontakt; genauere Planungen liegen dort noch nicht vor.

8. Geht der Senat davon aus, dass aufgrund einer möglichen Neuwahl und Regierungsbildung im Bund in dem fraglichen Zeitraum die Zusammenarbeit betr. 8. Mai erschwert ist und Berlin die Hauptverantwortung übernehmen muss?

Zu 8.: Nein.

Berlin, den 29. November 2024

Der Regierende Bürgermeister
In Vertretung

Florian Graf
Chef der Senatskanzlei